



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 09.11.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Haushaltsplan 2023 und Finanzplanung mit
Investitionsprogramm 2022-2026
- Einbringung**

Vorl.Nr. 377/22

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** und der **Fachbereichsleiter** Finanzen bringen den Haushaltsplan 2023 und die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2022 – 2026 ein. Die in diesem Zusammenhang gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OBM **Dr. Knecht** und der Stadtkämmerer stellen den Etatentwurf vor.

TOP 2

Stellenentwicklungsplan 2023

Vorl.Nr. 367/22

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellt der **Leiter** des Fachbereichs Organisation und Personal den Stellenentwicklungsplan 2022 vor.

Beschluss:**1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss wird mit den in Anlage 2 aufgeführten Werten festgestellt.

2. Ergebnisverwendung

Der Überschuss aus 2021 i.H.v. 160.147,93 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem Fehlbetrag aus Vorjahren i.H.v. 258.602,99 € verrechnet.

3. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2021 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadträtin Kainz
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadtrat Link
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 27.10.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 346/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Das **Gesamtgebührenrechtliche Ergebnis für das Jahr 2021** wird in Höhe von **394.757,93 Euro** festgestellt

Aus der Betriebsabrechnung 2021 ergeben sich folgende Kostenüber- und -
unterdeckungen:

- a. Für Schmutzwassergebühren eine ausgleichspflichtige **Kostenüberdeckung** in Höhe von **85.559,51 Euro**.
Durch die Einstellung der Kostenüberdeckungen aus den Vorjahren laut Gebührenkalkulation 2021 in Höhe von 595.139,19 Euro ergibt sich insgesamt eine Kostenüberdeckung in Höhe von **680.698,70 Euro**. Diese Überdeckung ist bis einschließlich 2026 auszugleichen. Über die Einstellung dieser Überdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.
- b. Für die Niederschlagswassergebühren eine ausgleichspflichtige **Kostenüberdeckung** in Höhe von **308.986,84 Euro**.
Durch die Einstellung der Kostenüberdeckungen in Höhe von 2.326,30 Euro und Kostenunterdeckungen in Höhe von 160.000,00 Euro aus den Vorjahren laut Gebührenkalkulation 2021 ergibt sich insgesamt eine Kostenüberdeckung in Höhe von **151.313,14 Euro**. Diese Überdeckung ist bis einschließlich 2026 auszugleichen.
Über die Einstellung dieser Überdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.
- c. Für die dezentrale Abwasserbeseitigung eine ausgleichspflichtige **Kostenüberdeckung** in Höhe von **211,58 Euro**.
Diese Überdeckung ist bis einschließlich 2026 auszugleichen. Über die Einstellung dieser Überdeckung wird im Rahmen der nächsten Abwassergebührenkalkulationen beraten.
2. Die geänderten Betriebsabrechnungen für die Jahre 2017 – 2019 werden wie in der Anlage beigefügt festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Dogan
 - Stadträtin Kainz
 - Stadträtin Dr. Knoß
 - Stadtrat Link

- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 27.10.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 350/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Sachbericht und der finanzielle Abschluss 2021 der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2022 wird ein Zuschuss i.H.v. 195.604 Euro freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadträtin Kainz
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadtrat Link
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 26.10.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 263/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2021 und die Spielzeitbilanz 2022 der Scala Kultur gGmbH - Theatersommer werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2023 wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2023 wird zur Durchführung des Programms ein Förderbetrag i.H.v. 128.650,00 Euro bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadträtin Kainz
- Stadtrat Link
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 26.10.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung.

Er teilt mit, nach entsprechenden Presseberichten habe sich ein lokaler Unternehmer bereit erklärt, das finanzielle Delta zu übernehmen. Er freue sich über dieses Zeichen aus der Wirtschaft.

Einführend teilt Stadtrat **Meyer** mit, der Danke gelte dem Unternehmen, es handle sich um eine erfreuliche Situation. Dennoch müsse man für die nächsten Jahre - insgesamt für die Kultur - langfristige Lösungen finden. Es müsse bedarfs- und zielorientiert neu gewichtet werden. Dies könne zu einer teilweisen, aber notwendigen, Ungleichbehandlung führen. Man müsse hierzu im Bildungs- und Sozialausschuss offen diskutieren und gemeinsam einen Konsens finden, wie in Zukunft gewichtet werde.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** schließt sich seinem Vorredner an und teilt mit, man müsse sich grundsätzlich über die kulturelle Förderpraxis insgesamt unterhalten, um Klarheit zu bekommen. Evtl.

müsse hierzu auch ausschussübergreifend diskutiert werden. Eventuell könnten sich noch weitere Spender finden lassen. Wichtig sei, dass es sich jeweils um längerfristiges Engagement handle.

Stadtrat **Prof. Vierling** zeigt sich erfreut über die sich abzeichnende Lösung für den Theatersommer und das Kindertheater.

OBM **Dr. Knecht** drückt seine große Wertschätzung für das Angebot und das Programm des Theatersommers aus. Aus seiner Sicht profitiere man nun von den Corona-Hilfemaßnahmen der Jahre 2020 und 2021. Unternehmer, die damals ihr Engagement eingebracht hätten, seien teilweise nun evtl. bereit in Kultur, Bildung und Sport zu investieren. Dies reiche aber nicht aus – insofern könne er sich seinen Vorrednern anschließen - sondern man müsse insgesamt Lösungen finden. Wichtig hierbei sei, dass der Eindruck vermieden werde, dass Ungleichbehandlungen entstehen, weil unterschiedliche Ausschüsse entscheiden.

EBMin **Schmetz** ergänzt, da in der heutigen Sitzung keine Pressvertreter anwesend seien, werde die Stadtverwaltung versuchen öffentlichwirksam zu transportieren, dass ein Wirtschaftsunternehmen bereit sei den Theatersommer zu unterstützen. Im Rahmen der Diskussion über die Handlungsfelder des Stadtentwicklungsprozesses habe man bereits begonnen zu diskutieren, im nächsten halben Jahr werde die Diskussion, auch über die kulturelle Förderpraxis, im Bildungs- und Sozialausschuss fortgeführt. Hierbei würden die Informationen aus dem Wirtschaftsausschuss bzgl. der Förderung der Medienkulturtreibenden berücksichtigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 351/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Dem Ausbau der Erschließungsanlagen des Gewerbeparks Waldäcker III gemäß Bebauungsplan 022/18 wird zugestimmt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 1.750.000,-- € (brutto) werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2023 ff. genehmigt.
3. Dem Bau der Rad- und Fußwegachse Waldäcker III wird vorbehaltlich der endgültigen Förderzusage im Grundsatz zugestimmt.
4. Die Gesamtkosten in Höhe von 1.300.000,-- € (brutto) werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2023 ff. genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadträtin Kainz
- Stadtrat Juranek
- Stadtrat Link
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 27.10.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus, sie habe sich im Mobilitäts- und Umweltausschuss ihrer Stimme enthalten, da es aus ihrer Sicht noch Fragen hinsichtlich des Lückenschlusses zum bestehenden Radweg gibt. Außerdem stelle sich die Frage, wie die angrenzenden Firmenmitarbeiter zum Radweg

kommen, da der Radweg mit einem Zaun abgetrennt sei.

BM **Manni** stellt klar, die Zuwegung und Erschließung von den Firmengrundstücken zum Radweg wird ermöglicht. Dies sei bereits auch in der Vorlage entsprechend vermerkt. Nur die genaue Stelle sei noch nicht festgelegt. Die Anbindung und Verknüpfung in der Gesamtradwegebeziehung werde ein Mitarbeiter des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität im Dialog mit Stadträtin Dr. Knoß erläutern.

Vom Fachbereich Nachhaltige Mobilität werde gesagt, man soll der Verwaltung vertrauen, führt Stadträtin **Dr. Knoß** aus. Es werde stets wohlwollend angehört und Themen mitgenommen. Passiert sei nichts. Die Mitglieder der Stadtteilausschüsse und der Radweginitiative seien hierüber zunehmend enttäuscht. Die Vorlage sei schlecht vorbereitet gewesen, nicht einmal die Radabstellanlagen seien eingezeichnet gewesen. Sie sei selbstverständlich für Radwege. Das Verfahren und die Vorlage seien ihr aber nicht transparent genug. Daher werde sie sich auch heute ihrer Stimme enthalten.

Auch Stadtrat **Bauer** kündigt an, dass er sich enthalten werde. Das Verfahren sei intransparent. Aus seiner Sicht handle es sich um Kommunikationsprobleme.

BM **Manni** entgegnet, er könne die Kritik nicht nachvollziehen. Die Radachse sei vor vielen Jahren beschlossen worden, an der Radachse habe sich nichts geändert. Kommunikationsprobleme innerhalb des Bebauungsplanverfahrens könne er nicht erkennen.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 332/22 Beschluss fassen.

Abweichender Beschluss:

In den Gesamtvorstand der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird ab sofort entsandt:
Stadtrat Kilian Raasch (Freie Wähler)

In den ~~Beirat~~ ~~Vorstand~~ des Sinfonieorchesters der Stadt Ludwigsburg e.V. wird ab sofort entsandt:
Stadtrat Hermann Dengel (Freie Wähler)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dengel
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Juranek
- Stadträtin Kainz
- Stadtrat Link
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Metzger
- Stadträtin Moersch
- Stadträtin Schmidt
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Shoaleh
- Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 330/22. Er ergänzt, aufgrund der neuen Satzung des Sinfonieorchesters haben die städtischen VertreterInnen keinen aktiven Sitz im Vorstand, stattdessen sei ein Beirat gegründet worden. Daher müsse im Beschlussvorschlag das Wort Vorstand durch Beirat ersetzt werden. Eine Aussprache erfolgt nicht. OBM Dr. Knecht lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Im Anschluss teilt Stadtrat **Prof. Vierling** mit, auch bei den Ludwigsburgern Schlossfestspielen habe der Gemeinderat stellvertretende Mitglieder benannt. Im Aufsichtsrat der Schlossfestspiele seien aber keine Stellvertretungen vorgesehen. Dieser Missstand müsse behoben werden.

OBM **Dr. Knecht** teilt mit, Stadtrat Herrmann habe ihn vor Kurzem ebenfalls auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Dieser Umstand werde geklärt. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen,

schließt OBM Dr. Knecht den öffentlichen Teil der Gemeinderatsitzung. Es schließt sich eine nichtöffentliche Sitzung an.